



Herausgegeben vom

Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung  
Referat: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“

Friedrich-Ebert-Allee 40  
53113 Bonn

Tel.: 0228 / 535-3774/5  
Fax: 0228 / 535-3500  
e-mail: [poststelle@bmz.bund.de](mailto:poststelle@bmz.bund.de)  
homepage: <http://www.bmz.de>

Endredaktion: Jutta Wagner  
Redaktion: Heiko Fähnel  
verantwortlich: Bernhard Kühn

Stand: Februar 2005

# INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung .....	5
1. Ziele und Adressaten des Positionspapiers .....	6
2. Berufsbildung, Entwicklung und Armutsorientierung .....	7
3. Wandel der Berufsbildung für neue Herausforderungen .....	10
3.1 Berufsbildung und Beschäftigung .....	11
3.2 Ansatzebenen der deutschen Berufsbildungszusammenarbeit .....	12
3.3 Förderung von Berufsbildungssystemen .....	12
3.4 Berufsbildung im und für den informellen Sektor .....	14
3.5 Berufsbildung und Gleichberechtigung der Geschlechter .....	14
3.6 Nachhaltigkeit von EZ-Maßnahmen durch berufliche Bildung .....	15
3.7 Finanzierung der beruflichen Bildung .....	16
3.8 Berufsbildung und nachhaltige Entwicklung .....	17
3.9 Berufliche Bildung und Wissensgesellschaft .....	18
4. Leitlinien für eine zukunftsfähige Berufsbildungszusammenarbeit .....	20
Anhang .....	24
Durchführungsorganisationen der staatlichen EZ in der Berufsbildungsförderung .....	24
Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) .....	24
Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) .....	25
Die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) .....	27
Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) .....	28
Abkürzungen .....	29



## Zusammenfassung

Das Positionspapier zur „Berufsbildung in der Entwicklungszusammenarbeit“ gibt den Referenzrahmen des BMZ und seiner Durchführungsorganisationen für Vorhaben im Bereich der beruflichen Bildung in Kooperationsländern vor. Es richtet sich an Mitarbeiter/innen der deutschen staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit, Berater/innen und Gutachter/innen, die nationale und internationale Fachöffentlichkeit sowie Partner in Kooperationsländern.

Das Positionspapier trägt dem grundlegenden Wandel in der Berufsbildungszusammenarbeit Rechnung, die berufliche Bildung stärker an regionale/lokale und sektorale Rahmenbedingungen anzupassen und internationale Erfahrungen der armutsorientierten Entwicklungszusammenarbeit aufzugreifen. Die Erfahrungen der bisherigen Berufsbildungszusammenarbeit und neue Herausforderungen werden konzentriert in acht Thesen zusammengefasst, deren Umsetzung in wiederum acht Leitlinien abgeleitet wird.

In Kapitel 1 werden Ziele und Adressaten des Positionspapiers formuliert. Der Stand der Dinge in Berufsbildung, Entwicklung und Ar-

mutorientierung wird in Kapitel 2 reflektiert und zusammengefasst. Insbesondere werden hier die Beiträge der Berufsbildungsförderung zur Erreichung der Millenniumsziele dargestellt. Darauf basierend beschreibt Kapitel 3 den Wandel der Berufsbildung für neue Herausforderungen. Berücksichtigt werden dabei die Verbindungen zwischen Berufsbildung und Beschäftigung, die Ansatzebenen der deutschen Berufsbildungszusammenarbeit, Erfahrungen bei der Förderung von Berufsbildungssystemen und der Berufsbildung im und für den informellen Sektor, die Gleichberechtigung der Geschlechter in der beruflichen Bildung, Aspekte der Nachhaltigkeit von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit durch und in der Berufsbildung, Finanzierung der Berufsbildung sowie die Bedeutung der beruflichen Bildung in Wissensgesellschaften. **In Kapitel 4 wird die Neuausrichtung der Berufsbildungsförderung in acht Leitlinien ausgeführt.**

Ein Anhang enthält eine kurze Darstellung der Durchführungsorganisationen der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in der Berufsbildungsförderung.

# 1. Ziele und Adressaten des Positionspapiers

Das Positionspapier „Berufsbildung in der Entwicklungszusammenarbeit“ dient als Referenzrahmen des BMZ und seiner Durchführungsorganisationen für die konzeptionelle Gestaltung und Umsetzung von Vorhaben im Bereich der beruflichen Bildung. Anknüpfend an das Sektorkonzept zur Beruflichen Bildung von 1992 sollen erste Schritte zu einer Neuorientierung der deutschen Berufsbildungszusammenarbeit (BBZ) angesichts neuer Anforderungen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit aufgezeigt werden.

Das vorliegende Positionspapier beschreibt die deutschen Erfahrungen, strategischen Folgerungen sowie Konzepte in der BBZ mit Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländern. Es stellt gleichzeitig eine Grundlage für den Dialog mit deutschen Nichtregierungsorganisationen, anderen Ressorts, Institutionen der Kooperationsländer sowie mit internationalen Organisationen dar. Adressaten des Positionspapiers sind Mitarbeiter/innen der deutschen staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit, Berater/innen und Gutachter/innen, die nationale und internationale Fachöffentlichkeit sowie unsere Partner in den Kooperationsländern.

In der BBZ zeichnet sich ein grundlegender Wandel ab, der der Notwendigkeit zur stärkeren

Anpassung der beruflichen Bildung an regionale/lokale und sektorale Rahmenbedingungen („Kontextualisierung“) Rechnung trägt und Erfahrungen bei der internationalen Kooperation im Kontext einer armutsorientierten Entwicklungszusammenarbeit reflektiert. Die insbesondere im Bereich der Förderung der Grundbildung erworbenen Erfahrungen mit sektorweiten Ansätzen und gemeinschaftlichen Finanzierungsformen müssen auch für die Berufsbildung aufbereitet werden. Bei der entwicklungspolitischen Berufsbildung muss angesichts der Folgen der Globalisierung, der technologischen Beschleunigung und der veränderten Bedarfe „neu gedacht“ werden, wofür

- die in vier Entwicklungsdekaden erworbenen Erfahrungen sowie
- das mit ihnen verbundene Transferwissen
- in einen Prozess der Neuorientierung einmünden müssen.

Ziel des Positionspapiers ist, die deutsche BBZ strategisch neu auszurichten und stärker international zu verankern.

## 2. Berufsbildung, Entwicklung und Armutsorientierung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts haben mehrere internationale Konferenzen und Vereinbarungen die Bedeutung von Bildung für Entwicklung und die weltweite Bekämpfung von Armut betont. Bildungsförderung ist damit international zu einer prioritären Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit geworden. Diese Prioritätensetzung und veränderte Förderansätze berühren auch die Bedeutung und Ansatzpunkte der Berufsbildung. Die aktuellen „Meilensteine“ lassen sich wie folgt markieren:

- Im April 1999 trafen sich knapp 1.000 Fachleute in Seoul zum Zweiten Internationalen UNESCO-Kongress zur beruflichen Bildung. Die dort beschlossenen mittelfristigen Ziele für die Berufsbildung sind die Stärkung der Berufsbildung als Bestandteil lebenslangen Lernens, die Orientierung der beruflichen Bildung auf das Ziel nachhaltiger Entwicklung und die Ermöglichung des Zugangs zur Berufsbildung für alle. Diese Ziele haben für die BBZ unverändert Aktualität.
- Im Frühjahr 2000 verpflichteten sich 164 Länder auf dem Weltbildungsforum von Dakar, die sechs sogenannten Dakar-Ziele einer „Bildung für Alle“ zu erreichen bzw. andere Länder entsprechend zu unterstützen. Der dort verabschiedete Aktionsplan (*Dakar Framework of Action*) sieht vor, dass die Teilnehmer-Staaten nationale Pläne zur Erreichung der sechs Ziele erarbeiten. Die Ziele 3, 4 und 5 betreffen die Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs zu Grund-, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für alle Jugendlichen und Erwachsenen, insbesondere für Frauen und Mädchen. Zur Erreichung dieser Ziele muss auch die BBZ ihren Beitrag leisten.
- Im September 2000 verabschiedeten die 189 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Millenniumserklärung, die in vier programmatischen Handlungsfeldern und acht Zielen die neuen Herausforderungen der Weltgemeinschaft zusammenfasst. Eine am Bedarf der Wirtschaft orientierte, für alle Bevölkerungsgruppen offene und an der besonderen Lebenssituation von Armen und Frauen ausgerichtete Berufsbildung leistet wesentliche Beiträge zu den Zielen (1) Beseitigung der extremen Armut und des Hungers, (3) Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter, (7) Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und (8) Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft. Die Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung (MDG 2) kann durch den anschließenden Zugang zu beruflichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen ihre Wirksamkeit besser entfalten. Schließlich wird in MDG 8 die Staatengemeinschaft dazu aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern für die Schaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeitsplätze für junge Menschen zu sorgen.
- Im Jahre 2002 fand in Monterrey die Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung statt. Der dort erzielte Konsens bestätigt die Bedeutung der in der Millenniumserklärung gefassten Entwicklungsziele und verbessert die Grundlage für die Schaffung von Entwicklungspartnerschaften zur Erreichung dieser Ziele. Dabei werden die Eigenverantwortung und der Eigenbeitrag der Entwicklungsländer als elementare Voraussetzungen für einen möglichst effektiven und nachhaltigen Entwicklungsbeitrag der externen Kooperationspartner (internationale Organisationen und bilaterale Geber) betont.
- Als Konsequenz der in der Erklärung von Dakar und in der Millenniumserklärung festgehaltenen Bildungsziele wurde im Frühjahr 2002 von der Weltbank mit Unterstützung der G8 die ergebnisorientierte „*Education for All Fast-Track-Initiative*“ (EFA-FTI) ins Leben gerufen. Die berufliche Bildung muss sich mit diesen Initiativen insofern auseinandersetzen, da diese die Frage aufwerfen, wie es nach der Einführung einer umfassenden Grundbildung für Alle weitergehen soll.
- Die auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (*World Summit on Sustainable Development*, WSSD) in Johannesburg 2002 gefassten Beschlüssen messen dem Bildungsbereich eine zentrale Rolle bei der Vermittlung der Zusammenhänge zwischen Mensch, Natur und Technik bei. Ein besseres Verständnis ökologischer Zusammenhänge ist die Grundlage für

den verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen und für nachhaltiges Wirtschaften. Die Berufsbildung kann an der Schnittstelle von Mensch, Natur und Technik eine wichtige Mittlerrolle übernehmen.

Im Kanon dieser internationalen Vereinbarungen und Beschlüsse ist die Millenniumserklärung ein Schlüsselpunkt. Die Bundesregierung hat mit dem ressortübergreifenden Aktionsprogramm 2015 den deutschen Beitrag und die deutschen Ansatzpunkte zur Umsetzung der Millenniumserklärung beschrieben. Dabei wird die Armutsbekämpfung als eine „überwältigende Aufgabe“ auch der deutschen Entwicklungspolitik<sup>1</sup> bekräftigt.

### **Berufsbildungsförderung leistet einen wichtigen Beitrag zur Minderung von Armut**

Der Mangel an Einkommensmöglichkeiten aus produktiver Beschäftigung ist in Schwellen-, Transformations- und Entwicklungsländern gleichermaßen Hauptursache für Armut. Wirtschaftliches Wachstum ist notwendig, führt aber nicht automatisch zu mehr Beschäftigung und Einkommen für Arme. Durch die Erschließung der Potenziale im informellen Sektor und eine Verbesserung des Zugangs sozial marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu einer Beschäftigung in Sektoren der formalen Wirtschaft kann berufliche Bildung einen wesentlichen direkten Beitrag zur Überwindung der Armut leisten.

Im Kontext breitenwirksamen Wachstums (*pro poor growth*) leistet berufliche Bildung auch einen mittelbaren Beitrag zur Minderung von Armut. Die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte steigert die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, Wirtschaftssektoren und Regionen. Wachstum eröffnet neue Beschäftigungschancen und Spielräume für Transferleistungen.

Neben ihrem Beitrag zur Armutsminderung trägt die berufliche Bildung **direkt** oder **mittelbar** zur Erreichung von vier weiteren Millenniums-Entwicklungszielen bei (siehe Kästen auf dieser Seite).

Im Zuge der Geberharmonisierung will die Bundesregierung ihren entwicklungspolitischen Beitrag zur Erreichung der MDG gemeinsam mit internationalen Organisationen und anderen bilateralen Gebern abstimmen, um die MDG effektiv umzusetzen. Dies macht auch für die BBZ gezielte Abstimmungen erforderlich.

Als einer der wichtigsten Geber im Bereich der BBZ (siehe Anhang) muss sich die Bundesrepublik in diesem Kontext auch mit der Tatsache auseinandersetzen, dass sich die Ausgangslage für die Berufsbildung gegenüber früheren Dekaden einschneidend verändert hat. In nahezu allen internationalen Absprachen und Übereinkünften der letzten Jahre

- wird berufliche Bildung in der Regel im Kontext allgemeiner Bildungskonzeptionen angesprochen,
- bildet berufliche Bildung selbst - im Vergleich zu anderen Globalzielen - kaum noch einen expliziten programmatischen Schwerpunkt,
- spielt die formale berufliche Langzeitausbildung nur noch eine kleine Rolle.

Vor diesem Hintergrund bedarf die bisherige deutsche BBZ einer grundlegenden Diskussion und flexibler Anpassungen an die Gegebenheiten und Handlungsmöglichkeiten im Wirtschafts- und im Bildungssektor der Kooperationsländer.

<sup>1</sup> Vgl. Stabsstelle Millenniums-Entwicklungsziele des BMZ: Die Millenniums-Entwicklungsziele – Herausforderungen für die deutsche Entwicklungspolitik. Bonn, April 2004.



# Übersicht: Berufsbildungsförderung im Kontext der Millenniums-Entwicklungsziele

## Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Die Verfügbarkeit **qualifizierter Arbeitskräfte** ist eine wichtige Voraussetzung für **wirtschaftliches Wachstum**. Beschäftigungsorientierte Angebote beruflicher Bildung steigern die **Beschäftigungsfähigkeit** der Absolventen und erhöhen ihre Chancen auf Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt. Im Sinne des „*pro poor growth*“ können entsprechende Maßnahmen gezielt an besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen gerichtet werden.

## Ziel 2: Gewährleistung der Grundschulbildung für alle Kinder

Um die Investitionen zur Erreichung universeller allgemeiner Primarschulbildung langfristig wirksam zu gestalten, sind **an die Grundbildung anschließende Bildungsangebote**, insbesondere berufliche Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen notwendig. Diese bauen auf die allgemeine Grundbildung auf und vertiefen und erweitern die Kenntnisse und Fähigkeiten, die für eine selbständige oder abhängige Beschäftigung erforderlich sind.

## Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und des größeren Einflusses von Frauen

Die Forderung nach gleichberechtigtem Zugang von Frauen und Männern zu allen Maßnahmen der Grund-, Aus- und Weiterbildung - als Schüler/innen wie als Lehrer/innen - schließt auch die Berufsbildung mit ein. Dies muss in nationalen Bildungspolitiken ebenso wie in Kooperationsangeboten der EZ reflektiert sein. **Flexible Bildungsangebote** und die **Anerkennung informellen Lernens** tragen dazu bei, das Geschlechtergefälle auch in der Sekundarschulbildung zu beseitigen (Zielvorgabe 4).

## Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

In beruflichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen werden Aspekte der **ökologischen Nachhaltigkeit** - z. B. effizienter Umgang mit Ressourcen, ökologisches Management, Emissions- und Arbeitsschutz - thematisiert. Absolventinnen und Absolventen dieser Maßnahmen bringen die entsprechenden **Kenntnisse in ihr Arbeits- und Lebensumfeld** ein und können sie dort **anwenden und an andere weitergeben**.

## Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Die Erarbeitung und Umsetzung von Strategien zur Beschaffung **menschenwürdiger und produktiver Arbeit** für junge Menschen (Zielvorgabe 16) schließt die Konzipierung angemessener Berufsbildungsangebote ein. Insbesondere werden Jugendliche durch berufliche Aus- und Weiterbildung und daran anschließende Förderung und Beratung für den Arbeitsmarkt qualifiziert und alternativ dazu auch auf eine einkommenswirksame selbständige oder abhängige Beschäftigung vorbereitet.

Die **Nutzung neuer Technologien**, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, kann dazu einen elementaren Beitrag leisten. Berufsbildungszusammenarbeit kann den Umgang mit Technologien vermitteln und - gerade in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor - diese leichter zugänglich machen (Zielvorgabe 18).

### 3. Wandel der Berufsbildung für neue Herausforderungen

„Berufsbildung“ wird allgemein als der Erwerb, der Erhalt und die Weiterentwicklung von Qualifikationen verstanden, mit denen Beschäftigung und Einkommen erzielt sowie die Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation verbessert werden. Berufsbildung umfasst damit mehr als eine rein fachlich orientierte Anpassung an die Anforderungen des Arbeitsmarktes. Sie zielt auf eine umfassende Förderung beruflicher Handlungskompetenz, die neben den fachlichen auch methodische und soziale Kompetenzen beinhaltet. Die nicht funktionalen Schlüsselqualifikationen befähigen auch zur selbst bestimmten Mitgestaltung der eigenen Lebens- und Arbeitssituation.

Um der Entwicklung in den Kooperationsländern der deutschen EZ Rechnung zu tragen, muss auch die BBZ noch stärker auf die Entwicklung von Handlungskompetenz abzielen. Als Voraussetzung für lebenslanges Lernen spielt dieser Aspekt insbesondere in der beruflichen Grund- bzw. Erstausbildung eine herausragende Rolle. Der fachliche Inhalt wird hier zum Gegenstand, an dem Schlüsselqualifikationen erworben werden. In der Weiterbildung stehen fachliche Aspekte stärker im Vordergrund - allerdings ohne die Aneignung von Schlüsselqualifikationen zu verdrängen. Um diesem Anspruch Rechnung zu tragen, hat sich handlungsorientiertes Lernen in den letzten beiden Jahrzehnten zu einem Merkmal der deutschen BBZ entwickelt.

Die Heterogenität der Zielgruppen, unterschiedliche Anforderungen im ländlichen und städtischen Raum sowie zunehmend ausdifferenzierte Wirtschaftssysteme bilden eine komplexe Herausforderung, der nur durch einen Pluralismus an Organisationsformen und Inhalten der BBZ entsprochen werden kann. Neben mehrjährigen formalen Ausbildungsgängen für Jugendliche gewinnen berufsvorbereitende oder berufsbegleitende Kurzzeitmaßnahmen an Bedeutung. Lernorte können dabei technische Sekundarschulen, Berufsbildungszentren oder Unternehmen sein - große oder Klein- und Mittelunternehmen, die im traditionellen Handwerk und Handel, im modernen oder dem informellen Sektor und der Basar-Wirtschaft angesiedelt sind. Eine zeitgemäße allgemeine Grundbildung und die berufliche Erstausbildung setzen dabei das Fun-

dament für effizientes und effektives lebenslanges Lernen.

#### **Die deutsche BBZ trägt dem Nachfrage-, Angebots- und Trägerpluralismus in den Kooperationsländern Rechnung**

Heterogene Wirtschaftsstrukturen benötigen ausdifferenzierte Qualifizierungssysteme. Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländer kennzeichnen sich durch ein - unterschiedlich ausgeprägtes - Nebeneinander von modernen Wirtschaftssektoren, traditionell geprägten Handwerks- und Handelsstrukturen sowie einem häufig bedeutenden informellen Sektor. Eingebettet in den jeweiligen sozioökonomischen, kulturellen und politischen Kontext wird neben der Stärkung öffentlicher die Stärkung privatwirtschaftlicher Trägerstrukturen an Bedeutung gewinnen. Formale Langzeitangebote beruflicher Erstausbildung müssen durch bedarfsgerechte, flexibel organisierte Kurzzeitangebote der Aus- und Weiterbildung für die unterschiedlichen Wirtschaftssegmente ergänzt werden.

Neben der Pluralität der Organisationsformen und der inhaltlichen Ausrichtung der Angebote spielt auch die Pluralität der Träger eine immer wichtigere Rolle. Das institutionelle Feld der beruflichen Bildung hat sich stark erweitert und umfasst heute neben öffentlichen Anbietern auch eine Fülle privater Institutionen. Um erfolgreich zu sein, muss die BBZ den historisch gewachsenen Systemen und Institutionen und dem Multifunktionalismus der beruflichen Bildung in den Kooperationsländern Rechnung tragen - ebenso wie den sozioökonomischen und kulturellen Besonderheiten. Fördermaßnahmen sollten grundsätzlich darauf ausgerichtet sein, gewachsene Strukturen und Traditionen weiterzuentwickeln und zu ergänzen. Die Prioritäten werden - wo vorhanden - durch die nationalen Pläne zur Bildungsentwicklung gesetzt.

In Ländern und Regionen, die gewaltsame Konflikte erfahren haben, gelten auch für die BBZ besondere Bedingungen. In Krisenregionen und Post-Konfliktländern spielt die BBZ eine besondere Rolle: Sie kann für bestimmte Zielgruppen wie Flüchtlinge und Ex-Soldaten Perspektiven außerhalb eines Gewaltkontextes eröffnen.

### 3.1 Berufsbildung und Beschäftigung

Das Verhältnis von Humankapitalentwicklung zu Beschäftigungschancen und Wirtschaftsentwicklung ist durch vielfältige interdependente und zirkuläre Wirkungszusammenhänge bestimmt. Analysen zur Vorbereitung von BBZ-Vorhaben müssen genderdifferenziert erfolgen und folgende Aspekte berücksichtigen:

- die soziale Nachfrage nach Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten (*social demand*),
- das Arbeitsplatzangebot und seine Entwicklung in Bezug auf Branchen mit Wachstums- und Beschäftigungspotenzial (*manpower demand*),
- die Segmentation der Arbeitsmärkte nach Branchen, Technologiestandards, Ausprägung der Arbeitsteilung, Formalisierungsgrad und ländlichem wie städtischen Raum.

Daraus ergeben sich unterschiedliche Berufsbildungsbedarfe, die nicht durch einheitliche Modelle oder Strategien befriedigt werden können. Internationale Zusammenarbeit muss deshalb in Zukunft noch stärker auf den Kontext und die Merkmale der Zielgruppen und der Unternehmen als (potenzielle) Arbeitgeber eingehen. Dabei ist unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten auch zu berücksichtigen, dass sich in vielen Ländern Beschäftigung gerade in den Sektoren generiert, die mit vergleichsweise geringen Qualifikationen auskommen. Es ist eine politische Entscheidung, in wie weit bei begrenzten Ressourcen und zum Teil konkurrierenden Zielen stärker sozial- oder wirtschaftspolitischen Überlegungen Rechnung getragen wird.

Um hier das Zusammenspiel zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem zu optimieren, die Belange Jugendlicher und junger Erwachsener besser zu berücksichtigen und dadurch auch die Abbrecherquoten zu senken, wird die deutsche BBZ in Zukunft den Themen Berufsorientierung und -beratung sowie Arbeitsmarktinformationssystemen und der Arbeitsvermittlung einen höheren Stellenwert beimessen.

Ein beschäftigungsorientierter Berufsbildungsansatz muss dem Bedarf der Unternehmen Rechnung tragen. Wichtig dafür ist deren

aktive Rolle in der Berufsbildung. Um aber auch den Bevölkerungsgruppen Perspektiven zu eröffnen, die auf einem sich wandelnden Arbeitsmarkt an den Rand gedrängt bzw. von vornherein ausgeschlossen werden, ist eine regulierende öffentliche Hand unerlässlich. Eine Ressourcenallokation im Bereich der beruflichen Bildung allein über Marktmechanismen funktioniert - gemessen an der sozialen Nachfrage und dem Bedarf der Unternehmen - in keinem Land zufriedenstellend.

Beschäftigungswirkungen können sich nur dann entfalten, wenn auch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen, ein förderliches Umfeld für die Entwicklung gerade kleiner und mittlerer Unternehmen existiert und es auch Zugang zu Kapital gibt. Ein mit anderen Gebern und der nationalen Politik abgestimmtes Zusammenspiel verschiedener Förderkomponenten ist unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten wünschenswert und wird im Kontext der Schwerpunkt- und Programmbildung durch das BMZ aktiv gefördert.

#### **Berufsbildung ist integraler Bestandteil der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung**

Berufliche Bildung ist eine wichtige Facette der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Als Standortfaktor beeinflusst die Verfügbarkeit qualifizierter Humanressourcen Investitionsentscheidungen. Der Produktionsfaktor Arbeit hat großen Einfluss auf die Produktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben. Die Qualifizierung betrieblicher Ausbilder ist eine Form der Unternehmensberatung und -entwicklung, die insbesondere kleinen und mittelständischen Betrieben zu Gute kommt. Mechanismen positiver Diskriminierung in der beruflichen Bildung befördern ein sozial ausgewogeneres Wirtschaftswachstum.

Durch die Einbettung der beruflichen Bildung in den Schwerpunkt Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft (WiRAM) hat sich die deutsche EZ neue Möglichkeiten erschlossen, durch das Zusammenspiel verschiedener Förderansätze zu einem beschäftigungsorientierten Wirtschaftswachstum in den Kooperationsländern beizutragen. Berufliche Bildung ist eine wesentliche, für sich allein aber nicht hinreichende Bedingung für breitenwirksames Wachstum: Investitionsentscheidungen werden u. a. von der Verfügbar-

keit qualifizierter Humanressourcen und einer leistungsstarken Erstausbildung sowie bedarfsgerechter Weiterbildungsangebote beeinflusst. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen - und damit ihr Wachstums- und Beschäftigungspotenzial - hängt auch von der angemessenen Qualifikation ihres Personals ab. Die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit auch sozial marginalisierter Bevölkerungsgruppen fördert eine stärkere soziale Ausgewogenheit der Entwicklung.

### 3.2 Ansatzebenen der deutschen Berufsbildungszusammenarbeit

Die deutsche Berufsbildungszusammenarbeit ist durch einen systemischen Mehrebenenansatz gekennzeichnet. Politikberatung auf der Makroebene wird durch Pilotmaßnahmen auf der Durchführungsebene unterlegt und durch „*capacity development*“ auf der Entwicklungs- und Steuerungsebene ergänzt. Förderansätze auf der Durchführungsebene werden durch die Beförderung von Politikdialogen abgerundet. Mit dem Zweck, möglichst hohe Beschäftigungseffekte zu erzielen, werden im Rahmen der Schwerpunkt- und Programmbildung des BMZ auch sektorübergreifende Programmansätze konzipiert.

Ziel der Politikberatung ist, dass die Entscheidungsträger über die für sachgerechte Entscheidungen benötigten Informationen verfügen. Die Kapazitätsentwicklung soll die Institutionen auf der Entwicklungs- und Steuerungsebene funktional ausrichten, sie in die Lage versetzen, die politischen Vorgaben effizient und effektiv umzusetzen, und die Nachhaltigkeit der Wirkungen absichern. Mit Maßnahmen auf der Durchführungsebene sollen punktuelle Bedarfe bedient, die Breitenwirkung erhöht und Erfahrungswissen sowohl für die Politikberatung als auch für die Kapazitätsbildung generiert werden.

### 3.3 Förderung von Berufsbildungssystemen

Die Formalisierung der Aus- und Weiterbildung auf Basis einheitlicher Standards ist eine wichtige Voraussetzung für die Mobilität und Unabhängigkeit derjenigen, die ihre Arbeitskraft „verkaufen“. Einstellenden Unternehmen wird ermöglicht, das Qualifikationsprofil von Bewerbern besser einschätzen und vergleichen zu können. Das Spannungsfeld zwi-

schen Formalisierung einerseits und Flexibilität andererseits, zwischen einzelbetrieblichen und sozialpolitischen wie gesamtwirtschaftlichen Interessen muss im jeweiligen Kontext und für verschiedene Angebote unterschiedlich aufgelöst werden. Damit die positiven Wirkungen einer Formalisierung zum Tragen kommen, müssen formalisierte Berufsbildungssysteme mit ihren wesentlichen Komponenten und Elementen definiert, strukturiert sowie gezielt entwickelt und gestaltet werden. Dazu gehören insbesondere:

- die normativen Rahmenbedingungen wie Gesetze und Verordnungen sowie Ausbildungs- und Prüfungsstandards,
- eine geregelte Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und Ausbildern,
- eine gesicherte Versorgung mit Lehr- und Lernmitteln.

Die Frage der Durchlässigkeit des Bildungssystems bzw. der angemessenen Verzahnung der Subsysteme allgemeiner und beruflicher Bildung ist ein weiterer Faktor, der für die Formalisierung in wesentlichen Segmenten der beruflichen Bildung spricht. Dies bleibt in vielen Kooperationsländern eine Herausforderung, der sich die BBZ immer wieder neu stellen muss. Die Abstimmung zwischen allgemeiner Grundbildung und aufbauender beruflicher Erstausbildung bei gleichzeitiger Berücksichtigung der spezifischen Belange von Schulabbrechern, die Übergangsmöglichkeiten von der beruflichen Bildung in weiterführende Ausbildungsgänge auch im tertiären Sektor und die Anerkennung außerhalb des Schulsystems erworbener Qualifikationen sind dabei die herausragenden Fragestellungen.

#### **Die deutsche BBZ nutzt die Stärken verschiedener Berufsbildungssysteme**

Gegenstand der deutschen Berufsbildungszusammenarbeit ist die Weiterentwicklung und Stärkung gewachsener Strukturen und Institutionen in den Kooperationsländern der EZ. Kontextbezogen können dabei Stärken verschiedener Referenzsysteme, auch des deutschen Bildungssystems, eingebracht werden. Gestaltungsmerkmale der deutschen dualen Berufsbildung wie die Integration systematischen Lernens im Arbeitsprozess können eine sinnvolle Symbiose mit Stärken anderer Systeme bilden - so z. B. mit dem modular aufgebauten „*Competency Based Training*“ (CBT).

Die deutsche BBZ favorisiert in diesem Zusammenhang keinen spezifischen Systemansatz. Berufsbildungssysteme sind in komplexen historischen Prozessen gewachsen und in der Regel nicht das Ergebnis bewusster Planung und Entwicklung. Ziel der deutschen BBZ ist die Stärkung der in den Kooperationsländern gewachsenen Strukturen zur Verbesserung ihrer Wirtschaftlichkeit und Funktionalität im Sinne entwicklungspolitischer Zielsetzungen. Dafür sollen an den jeweiligen soziokulturellen und ökonomischen Kontext angepasste Elemente aus den Berufsbildungssystemen unterschiedlicher Länder kombiniert werden. So konnten spezifische Stärken der deutschen dualen Berufsausbildung wie die Nutzung auch der Unternehmen als Lernort und handlungsorientierte Methodik und Didaktik mit denen anderer Systeme wie des „*Competency Based Training (CBT)*“ in vielen Ländern zu einer zielführenden Symbiose vereint werden.

### **Exkurs: Erfahrungen mit der Einführung dualer Ausbildung in Kooperationsländern**

Duale oder kooperative Ausbildung wurde von der Bundesregierung über mehrere Dekaden hinweg auch in vielen Kooperationsländern gefördert. An der dualen beruflichen Erstausbildung sind sowohl staatliche als auch privatwirtschaftliche Institutionen beteiligt. Dies betrifft - in verschieden starkem Ausmaß - Planung und Konzeption, Finanzierung und Durchführung sowie Qualitätssicherung. Im internationalen Diskurs und in der Wahrnehmung vieler Kooperationsländer war die duale Ausbildung ein „Markenzeichen“ der deutschen BBZ. Gefördert wurde mit der dualen Struktur eine Ausbildungsform mit einem hohen Anteil an Fachpraxis in den Betrieben (zum Teil 70 bis 80 Prozent). Ergänzend kam die Fachtheorie und in eher geringem Maße auch die Vermittlung von allgemein bildendem Wissen hinzu. Die Ausbildungsgänge hatten in der Regel eine Dauer von eineinhalb bis drei Jahren. Die Praxisorientierung der Ausbildung wurde auch dadurch sichergestellt, dass Betriebe nicht nur an der Durchführung der Ausbildung, sondern auch an ihrer Planung und Steuerung beteiligt sind.

Als gesicherter Erfolg der dualen Ausbildung in der BBZ kann gelten, dass es in einigen Kooperationsländern gelungen ist, in systematischer Form eine praxisorientierte Grund- und Fachausbildung einzuführen oder zu festigen und dass eine größere An-

zahl von Unternehmen, einschließlich des KMU-Sektors, zu Ausbildungsbetrieben wurden. Die systematisch ausgebildeten Fachkräfte wurden in den jeweiligen Branchen zumeist in adäquate Beschäftigungsverhältnisse übernommen.

Die beteiligten nationalen Berufsbildungsinstitutionen haben die mit deutscher Unterstützung eingeführten Ausbildungsgänge meist weitergeführt und durch neue Angebote für ein breiteres Berufsspektrum ergänzt. Eine volle Integration in das jeweilige Bildungssystem konnte in der Regel aber nicht erreicht werden.

Ursächlich dafür ist, dass das deutsche Modell im Laufe seiner Geschichte eine betriebliche Ausbildungstradition und eine Institutionalität herausgebildet hat, die in dieser Form in den Kooperationsländern nicht vorzufinden ist. Neben fehlenden Voraussetzungen wird von internationalen Organisationen als Konsequenz der engen Orientierung am deutschen Modell kritisiert, dass die Dauer der Ausbildung zu lang und das System zu wenig flexibel sei. Kritisch gesehen wird auch die Fokussierung auf den modernen formalen Wirtschaftssektor bei Vernachlässigung des informellen Sektors.

Eine kritisch-konstruktive Reflektion der bisherigen Erfahrungen lässt den Schluss zu, dass das deutsche Modell nicht als Blaupause verwendet werden sollte - wohl aber eine Reihe von modellprägenden Elementen in angepasster Form zur Stärkung der Berufsbildungssysteme in Kooperationsländern bietet. Dazu gehören die

- Nutzung auch der Unternehmen als Lernort,
- Gestaltung von handlungsorientiertem Unterricht,
- Aus- und Fortbildung von Berufsschullehrern und betrieblichen Ausbildern,
- enge Zusammenarbeit zwischen öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft,
- Modelle der Mischfinanzierung beruflicher Bildung,
- Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,

- Berufsberatung und -orientierung Jugendlicher,
- Entwicklung und Produktion von Lehr- und Lernmitteln durch die Privatwirtschaft.

### 3.4 Berufsbildung im und für den informellen Sektor

In den Volkswirtschaften vieler Kooperationsländer der EZ bietet der formale Wirtschaftssektor nur einem Bruchteil der Bevölkerung Beschäftigungsmöglichkeiten. Wirtschaftliches Handeln im informellen Sektor ist für viele Menschen die einzige Option, Einkommen zu generieren. Die nationalen Berufsbildungssysteme in den Kooperationsländern sind häufig nur bedingt in der Lage, den sozial- und wirtschaftspolitischen Gegebenheiten armer und ärmster Bevölkerungsgruppen breitenwirksam zu entsprechen. Sie stellen oftmals zu hohe Eingangsanforderungen, um diese Zielgruppen tatsächlich erreichen zu können. Die Inhalte sind für einen Sektor, der sich durch schnell verändernde Herausforderungen charakterisiert, meist zu starr und angebotsorientiert und sind vornehmlich auf den Bedarf der formalen Wirtschaft fixiert. Eine Berufsbildung, die auch die Armen und Ärmsten erreichen will, muss mit einem differenzierten und flexiblen Angebot arbeiten. Die Zielgruppen, insbesondere die jungen Frauen und Männer, an die sich die Angebote richten, müssen schon in die Planung und Gestaltung der Maßnahmen eingebunden werden. Die Unterstützung bei der Konzipierung und breitenwirksamen Umsetzung und Steuerung solcher Angebotsmerkmale ist eine der großen Herausforderungen einer zukunftsfähigen BBZ.

Dafür müssen die sozialwissenschaftlichen, arbeitsmarktbezogenen, mikroökonomischen sowie berufspädagogischen Analysekapazitäten der Partner gestärkt werden. Auf dieser Basis können flexible Angebots-, Beratungs- und Distribuierungsformen erarbeitet werden, die arme Bevölkerungsschichten dort erreichen, wo diese leben und arbeiten. Wichtige Grundlinien einer armutsorientierten Berufsbildung im und für den informellen Sektor sind:

- eine umfassende Lebensweltanalyse der jeweiligen Zielgruppen,

- eine deutliche Ausrichtung der Maßnahmen auf sozial benachteiligte und marginalisierte Gruppen sowie arme Menschen mit Behinderungen und deren spezifische Lebenssituation im informellen Sektor,
- eine gezielte Ansprache jugendlicher Schulabbrecher,
- die Orientierung am Qualifikationsbedarf der kleinsten und kleinen Unternehmen,
- beschäftigungsvorbereitende Angebote und solche, die auf die Aufnahme einer selbständigen Beschäftigung abzielen,
- die Verknüpfung von Qualifizierungsangeboten mit Maßnahmen wie Mikrokreditvergabe und Existenzgründerberatung.

Wie Fallbeispiele aus der EZ zeigen, ist in diesem Zusammenhang die Bildung von räumlichen und sektoralen „Clustern“ erfolgversprechend. So können in überschaubaren Räumen effektive Abstimmungsprozesse zwischen Bildungs- und Beschäftigungsebene organisiert werden.

Um dem Phänomen des sozialen Ausschlusses entgegenzutreten, müssen allerdings auch Jugendlichen und Erwachsenen aus armen und ärmsten Verhältnissen Perspektiven einer Qualifizierung für den formalen Sektor erschlossen werden.

Die BBZ wird in diesem Zusammenhang auch eine engere und direktere Zusammenarbeit mit qualifizierten Nichtregierungsorganisationen (NRO) der Partnerländer suchen. In vielen Fällen haben diese Organisationen bereits einen guten Zugang zu den Zielgruppen und erfüllen damit eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg von Maßnahmen.

### 3.5 Berufsbildung und Gleichberechtigung der Geschlechter

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist bisher in keiner Gesellschaft vollständig umgesetzt. In den Kooperationsländern der EZ sind Frauen in vielen Bereichen nach wie vor benachteiligt. Sie haben häufig Doppel- und Dreifachbelastungen zu tragen, sind bei ihren Berufswahlmöglichkeiten eingeschränkt und verdienen für die gleiche Arbeit weniger als Männer.

Der ungleiche Zugang zu Bildungs- und insbesondere Berufsbildungsmöglichkeiten ist zugleich Ursache und Konsequenz gesellschaftlicher Benachteiligung. Eine schlechte oder fehlende (Aus-)Bildung macht es Frauen noch schwerer, ihre Rechte einzufordern und durchzusetzen, politisch zu partizipieren, Arbeit zu finden und Einkommen zu erzielen.

### **Die deutsche BBZ setzt Akzente bei der Förderung von Frauen**

Im Rahmen des überwältigenden Ziels der Beseitigung der extremen Armut spielt die Förderung von Frauen eine besondere Rolle: 60 Prozent der Menschen, die in extremer Armut leben, sind Frauen. In vielen Gesellschaften werden Frauen nach wie vor von Bildung ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere für den Sekundarbereich und die berufliche Bildung. Die Mehrzahl der Frauen in Entwicklungsländern ist im informellen Sektor tätig. Eine Verbesserung des Zugangs zu Bildung und eine stärkere Orientierung der Inhalte am Bedarf und der Lebenssituation von Frauen erhöhen ihre Chancen auf einkommenswirksame Beschäftigung und aktive Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Damit wird ein entscheidender Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und ihrem aktiven Beitrag zur Reduzierung der Armut geleistet.

Eine Verbesserung des Zugangs von Frauen zu Bildung und beruflicher Qualifizierung erhöht ihre Chancen auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Partizipation. Es ist statistisch erwiesen, dass ein höheres Bildungsniveau der Frauen in einem Land sich positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken. Gut ausgebildete Frauen bekommen weniger Kinder, sind aber eher in der Lage, diese besser zu versorgen: In der Folge sinkt die Kindersterblichkeit und die Beschulungsrate und -dauer insbesondere der Töchter steigen. Nachhaltige Zyklen zu mehr Gleichberechtigung werden begründet<sup>2</sup>. Eine Verbesserung des Zugangs zu Bildung allein reicht aber nicht aus.

Um die Situation der Frauen zu verbessern, muss die Gleichberechtigung - unabhängig von der Interventionsebene - bei allen Vorhaben der Berufsbildungsförderung systematisch mitgedacht werden. Geschlechtsspezifische Sichtweisen müssen in den vorhandenen in-

stitutionellen Strukturen und den gesellschaftlichen Transformationsprozessen verankert werden.

Es gehört zu den Aufgaben des Staates, ein der Gleichberechtigung förderliches Umfeld für berufliche Bildung zu schaffen. Dazu gehören eine der Gleichberechtigung Rechnung tragende Politik und Gesetzgebung ebenso wie die entsprechende Steuerung der Bildungsausgaben und die Förderung von Berufsbildungsreformvorhaben.

Die Einstellung von mehr weiblichen Lehrkräften und die Berücksichtigung von Frauen auch im Bildungsmanagement erfüllen eine Vorbildfunktion. Bei der Gestaltung der Lehr- und Lernmittel ist darauf zu achten, dass tradierte Rollenbilder schrittweise entdogmatisiert und aufgebrochen und auch Frauen gezielt angesprochen werden. Innovative, handlungs- und prozessorientierte Unterrichtsmethoden kommen Frauen besonders entgegen. Eine gezielt auch für Frauen aufbereitete und angebotene Berufsinformation und -orientierung kann neue Optionen zu vorgezeichneten Lebenswegen eröffnen. Gefördert werden sollen insbesondere Ausbildungsgänge in Fachrichtungen, z. B. IKT, die auch Frauen attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

### **3.6 Nachhaltigkeit von EZ-Maßnahmen durch berufliche Bildung**

Nicht selten setzt der Mangel an qualifizierten Fachkräften der breitenwirksamen Umsetzung politischer Programme enge Grenzen. So müssen Dezentralisierungsbemühungen dort scheitern, wo das Personal in regionalen und kommunalen Strukturen nicht über die notwendigen Qualifikationen verfügt, um den neuen Aufgaben und Verantwortlichkeiten angemessen zu entsprechen. Auch umfangreiche Infrastruktur- und Ausstattungsprogramme können ihre Wirkungen nur begrenzt entfalten, wenn es an qualifiziertem Personal für die Installation, Operation und Wartung neuer Technologien und Prozesse mangelt. Häufig liegt eine defizitäre Gesundheitsversorgung auch darin begründet, dass es am notwendigen Bedienungs- und Wartungspersonal für vorhandene, aber nicht funktionsfähige Apparaturen fehlt. Diese wenigen Beispiele verdeutlichen, wie BBZ zur Sicherung der Nachhaltigkeit von EZ-Maßnahmen in

<sup>2</sup> Vgl. EFA *Global Monitoring Report: Gender and Education for All - The Leap to Equality*, 2003/4.

den unterschiedlichsten Sektoren beitragen kann.

*Ad-hoc*-Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen von Förderprogrammen verschaffen nur kurzfristig und in begrenztem Rahmen Abhilfe. Mehr Nachhaltigkeit und Breitenwirksamkeit versprechen Maßnahmen, die darauf abzielen, existierende Einrichtungen dahingehend zu stärken, dass sie eigenständig Qualifikationsbedarf identifizieren sowie entsprechende Angebote (fort-)entwickeln und durchführen können.

**Berufsbildung schafft die Voraussetzungen für breitenwirksame und nachhaltige Entwicklungsprozesse in unterschiedlichen Förderschwerpunkten**

Zentraler Bestandteil des „*Capacity Development*“ ist die Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Partnerinstitutionen. Die breitenwirksame Umsetzung von Sektorpolitiken verlangt darüber hinaus nach qualifizierten Kräften für Installation, Operation, Pflege und Fortentwicklung von Technologien und Prozessen. Durch den Aufbau bzw. die Stärkung nationaler Institutionen zur Aus- und Weiterbildung kann die Berufsbildungszusammenarbeit neben der Breitenwirksamkeit auch die Nachhaltigkeit von Förderpolitiken in so unterschiedlichen Sektoren wie z. B. Gesundheit, Wasser, Energie, Umwelt, ländliche Entwicklung, Transport und Kommunikation entscheidend befördern.

Nur so kann die Versorgung mit qualifiziertem Fachpersonal für die Umsetzung ambitionierter Programme zur Verbesserung der Lebensqualität breiter Bevölkerungskreise in angemessener Qualität und auf Dauer gewährleistet werden.

Im Zuge der Schwerpunktsetzung befürwortet das BMZ die Nutzung von Fördervorhaben der beruflichen Bildung zum Ausbau von Nachhaltigkeit und Breitenwirksamkeit von EZ-Maßnahmen in den verschiedenen Sektoren. Dort, wo nicht auf ausgewiesene BBZ-Fördermaßnahmen zurückgegriffen werden kann, sollen im Rahmen von Vorhaben in anderen Sektoren möglichst strukturbildende Maßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung den Vorzug vor der Durchführung von *Ad-hoc*-Qualifizierungsprogrammen erhalten.

### 3.7 Finanzierung der beruflichen Bildung

Es gibt eine Vielzahl von Formen der (Berufs) Bildungsfinanzierung. Nach Herkunft der Ressourcen können drei Grundtypen unterschieden werden:

- die öffentliche, aus allgemeinen Steuereinnahmen alimentierte Finanzierung,
- die auf Abgaben basierende Finanzierung und
- die private Finanzierung aus Gebühren und anderen Einnahmen.

Auch für die Abwicklung jedes dieser Grundtypen existieren unterschiedliche Instrumente. Die Allokation kann am Input, den Ergebnissen aber auch an den Wirkungen orientiert erfolgen. In keinem Land werden die Mittel nur durch eine der genannten Formen generiert oder zugewiesen. Der Einsatz der Instrumente ist Ergebnis historischer, stark kulturell geprägter Prozesse und variiert nach Zielsetzung, Zielgruppen und Form der Aus- und Weiterbildung.

Die Eignung von Finanzierungsmechanismen muss in ihrem jeweiligen landesspezifischen Kontext gesehen werden. So ist z. B. der durch Qualifizierung für das Individuum zu erreichende Mehrwert - und damit seine Bereitschaft zu investieren - von Land zu Land sehr unterschiedlich. Er hängt von der Leistungsfähigkeit des Angebotes, der Verwertbarkeit der Abschlüsse und den vorherrschenden Rekrutierungsmechanismen der Arbeitgeber ab. Wo Einstellungsentscheidungen vornehmlich durch Verwandtschafts- und andere Zugehörigkeitsverhältnisse bestimmt werden, „lohnen“ sich aus Sicht von Individuen Investitionen in die Aus- und Weiterbildung kaum. Grundsätzlich gilt, dass dort, wo es Mitsprachemöglichkeiten der Zielgruppen gibt, deren Bereitschaft, (mit) zu finanzieren, größer ist als auf angebotsorientierten Märkten.

Auch in den Kooperationsländern der EZ setzt sich die Erkenntnis durch, dass Individuen und Unternehmen - wollen sie eine praxisrelevante Aus- oder Weiterbildung guter Qualität - auch einen Beitrag leisten müssen. Die öffentlichen Budgets reichen in der Regel nicht aus, um eine breitenwirksame Versorgung auf angemessenem Niveau zu gewähr-



leisten. Hinzu kommt, dass Unternehmen wie Individuen ein größeres Maß an Eigenverantwortung und Motivation zeigen, wenn sie eigene Ressourcen investieren. Dabei gibt es aber keine prinzipielle Überlegenheit privater gegenüber öffentlich finanzierter Berufsbildung. Subventionierte Angebote erhöhen die Ausbildungszahlen - aber auch die Kosten. Der Einsatz öffentlicher Mittel rechtfertigt sich dort, wo dieser zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei Zugang und Nutzen beiträgt. Nachfrageorientierte Instrumente bieten die Gewähr für eine stärkere Bedarfsorientierung.

Unter Berücksichtigung der landestypischen Konstellationen orientiert sich die deutsche BBZ beim Thema Finanzierung an den Werten einer sozialen Marktwirtschaft und dem Prinzip der Subsidiarität. Die soziale Marktwirtschaft ist der Idee gleicher Bildungs- und Lebenschancen für alle verpflichtet. Diese Idee stellt auf die Notwendigkeit ab, die Lern- und Leistungspotenziale aller Bürger und Bürgerinnen eines Landes zu fördern und herauszufordern, damit sie einen produktiven Beitrag zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes leisten können. Im Sinne der Subsidiarität gilt der Grundsatz, dass diejenigen, die den Nutzen/Ertrag beruflicher Bildung haben, die Kosten (mit) zu tragen haben. Das Anliegen, Märkte aufzubauen, kaufkräftige Nachfrage überhaupt erst zu erzeugen oder durch positive Diskriminierung benachteiligter Gruppen zu mehr Chancengleichheit beizutragen, kann allerdings Abweichungen von diesem Grundprinzip rechtfertigen, zumal eine zentrale bildungsökonomische These lautet, dass von kapitalistischen bzw. ökonomisch rationalen Unternehmen nicht erwartet werden kann, dass sie eine breite, über ihren eigenen Bedarf hinausgehende berufliche Bildung finanzieren, die arbeitsmarktfähige Qualifikationen erzeugt - insbesondere in den Ländern und Branchen, in denen sich der Arbeitsmarkt durch eine hohe Mobilität der Arbeitskräfte und geringe Verbleibszeiten in den Unternehmen auszeichnet.

Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist es, den Entscheidungsträgern die unterschiedlichen Finanzierungsoptionen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen für den jeweiligen Zweck und im konkreten Umfeld zugänglich zu machen sowie zu einer effizienten Umsetzung der Entscheidungen beizutragen. In den Kooperationsländern wie auch in den Industrieländern teilen sich private Träger und staatliche bzw. halbstaatliche Träger strukturell die Aufgaben der Finanzierung von Berufsbildung

bzw. die Verantwortung hierfür. Zugleich ist aber bisher nur in wenigen Kooperationsländern die Finanzierungsfrage wirklich hinreichend in Berufsbildungsgesetzen oder entsprechend abgeleiteten Vereinbarungen geregelt.

### 3.8 Berufsbildung und nachhaltige Entwicklung

In der Erklärung von Johannesburg zur nachhaltigen Entwicklung wird die Bedeutung der Erschließung menschlicher Ressourcen über Bildung und Ausbildung für eine nachhaltige Entwicklung betont und den Entwicklungsländern Unterstützung in diesen Bereichen zugesichert. Im Rahmen der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 - 2014“ der VN soll die nachhaltige Entwicklung in die Bildungssysteme auf allen Niveaus und in nichtformelle Bildungsmaßnahmen integriert werden, um die für eine nachhaltige Entwicklung erforderlichen Kompetenzen zu entwickeln und entsprechende Werte und Verhaltensweisen zu fördern. Für den verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen und für nachhaltiges Wirtschaften ist das Verständnis ökologischer Zusammenhänge von großer Bedeutung. An der Schnittstelle von Mensch und Technik kann die Berufsbildung eine wichtige Mittlerrolle übernehmen.

Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ umfasst eine ökonomische, eine soziale und eine ökologische Dimension:<sup>3</sup>

- Die Entwicklung qualifizierter Humanressourcen leistet einen **Beitrag zur ökonomisch nachhaltigen Entwicklung** der Kooperationsländer. Berufsbildung steigert die produktiven Potenziale von Menschen und Unternehmen. Sie trägt zur Verbesserung des Investitionsklimas bei und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Regionen. Sie erhöht die Beschäftigungsfähigkeit auch von Armen und extrem Armen und damit ihre Chancen auf Einkommen aus einer abhängigen oder selbständigen Beschäfti-

---

<sup>3</sup> Vgl. Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung, 1992.

gung, die sozialen Mindeststandards<sup>4</sup> genügt.

- Die Befähigung der Zielgruppen zu wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Teilhabe trägt zur **sozialen Nachhaltigkeit** von Entwicklung bei. Dieser Anspruch spiegelt sich auch darin wider, dass die deutsche BBZ auch auf eine partizipative Konzipierung der Fördermaßnahmen Wert legt und bei der partizipativen Planung und Durchführung von Maßnahmen und Programmen unter Einbindung von öffentlichen wie privaten Institutionen, der Sozialpartner und auch der Zielgruppen unterstützt.
- Die Bundesrepublik unterstützt die Einbindung von ökologischen Aspekten in die Aus- und Weiterbildung. Neben der ökologischen Sensibilisierung für den Alltag und der Qualifizierung für ökoefizientes Wirtschaften und Management spielt die Qualifizierung für die Einführung, Installation, Bedienung und Wartung umweltfreundlicher Technologien eine immer stärkere Rolle. Damit trägt die Berufsbildungsförderung auch der **ökologischen Dimension** Rechnung.

### 3.9 Berufliche Bildung und Wissensgesellschaft

Die Ressource Wissen gewinnt für Industrie- wie Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländer für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung an Bedeutung. In einer globalisierten Ökonomie eröffnen sich für Regionen und Länder, die einen wissensbasierten Entwicklungspfad beschreiten, neue Wachstumschancen. Plastische Beispiele dafür finden sich in einigen Ländern Süd- und Ostasiens. Aber auch in anderen Regionen genießt das Thema einen hohen Stellenwert.<sup>5</sup> Der Weg zu einer wissensbasierten Ökonomie ist abhängig von der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und damit von einer Steigerung der

Leistungsfähigkeit der Systeme allgemeiner und beruflicher Bildung.<sup>6</sup>

Dafür müssen Bildungssysteme nicht nur in der Lage sein, die grundlegenden Kulturtechniken breitenwirksam zu vermitteln. Die Voraussetzungen für die Produktion von Wissen und die Fähigkeit, Wissen in Produktivität umzusetzen, treten immer stärker in den Vordergrund. Neben dem Allgemeinwissen sind in diesem Zusammenhang soziale, kulturelle und fachliche Kompetenzen sowie die Fähigkeit zu kontinuierlichem und lebenslangem Lernen von herausragender Bedeutung.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt sich traditionell für eine Förderung der Grund- als auch der beruflichen Aus- und Weiterbildung ein. Sie wird auch bei ihrer zunehmenden Einbindung in gemeinschaftliche Förderansätze dafür eintreten, dass in einem Sektoransatz beide Linien in angemessener Balance angesprochen werden.

#### **Berufsbildung und Grundbildung werden stärker miteinander verzahnt**

Eine solide Grundbildung ist das Fundament für eine effiziente berufliche Bildung. Die berufliche Bildung ist eine Brücke in das Beschäftigungssystem - aber auch zu Bildungs- und Berufskarrieren sozial benachteiligter Gruppen. In Ländern ohne ein flächendeckendes und kohärentes Bildungssystem kommt der engen Verzahnung von Grund- und Berufsbildung eine zentrale Rolle zu.

Um Grund- und Berufsbildung besser zu verzahnen, kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Geberkoordination und Harmonisierung zusätzlich zu fachlich-technisch ausgerichteten Maßnahmen an verschiedenen Schnittstellen zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung ansetzen. Dazu gehören

- eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitswelt in der allgemeinen Bildung z. B. durch berufsvorbereitenden und polytechnischen Unterricht, praxis- und berufsnahe Schulfächer, die Vermittlung von Allgemeinwissen unter Nutzung von Bezügen aus der Arbeitswelt,

<sup>4</sup> Vgl. Erklärung der ILO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und ihre Folgemaßnahmen, 1998.

<sup>5</sup> Vgl. UNDP (ed.), *Arab Human Development Report 2003: Building a Knowledge Society*. New York 2003.

<sup>6</sup> Vgl. World Bank (ed.), *Lifelong Learning in the Global Knowledge Economy: Challenges for Developing Countries*. Washington 2003.

- Berufsinformation und -beratung,
- eine stärkere Fokussierung der beruflichen Bildung auf funktionsübergreifende Schlüsselqualifikationen.

Die sinkende Halbwertszeit von Wissen angesichts rasanter Veränderungsprozesse lässt eine Beschränkung auf die allgemeine und berufliche Grundbildung aber zu kurz greifen. Einmal erworbenes Wissen und Kompetenzen reichen nicht mehr für ein gesamtes Arbeitsleben. Auch in den Kooperationsländern werden Möglichkeiten für lebenslanges Lernen zu einer unbedingten Notwendigkeit für Unternehmen wie Individuen.

### **Berufsbildung ist wesentlicher Bestandteil lebenslangen Lernens**

In der globalisierten Wissensgesellschaft werden Wachstum und Wohlstand zunehmend vom Zugang zu Wissen und der Fähigkeit zur Innovation auf der Basis von Wissen bestimmt. Immer schnellere technologische und strukturelle Veränderungszyklen prägen das Arbeitsleben in allen Sektoren. Um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten, stehen die Menschen vor der Herausforderung, ihre Kompetenzen laufend zu aktualisieren und zu erweitern. Damit rücken Aspekte lebenslangen Lernens in den Mittelpunkt.

Der Zugang zu aktuellen Wissensbeständen und das Verfügen über zeitgemäße Lösungen wird bei aller Ungleichzeitigkeit der Entwicklung zwischen und innerhalb einzelner Länder zur individuellen und gesellschaftlichen Wettbewerbsbedingung. Die Vielzahl neuer Erkenntnisse, Strategien und Techniken und die Heterogenität der Nachfrage bedingen, dass der skizzierte Bedarf nicht mehr nur von Bildungseinrichtungen organisiert und in traditioneller Weise bereit gestellt werden kann.

*E-Learning* in seinen vielfältigen Formen gewinnt strategische Relevanz. Als flankierendes Instrument kann *E-Learning* in praktisch allen Lernphasen bis hinein in tertiäre Bildungsgänge einen geeigneten Stellenwert erhalten. Welcher Mix an *E-Learning* und Präsenzphasen didaktisch und motivatorisch Platz greifen soll, ist in jedem Einzelfall abzuwägen. Bestimmungsfaktoren sind hier neben den Lernzielen und soziokulturellen Besonderheiten auch die technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen. Auch hier wird die deutsche BBZ im Rahmen der Geberkoordination und Harmonisierung entsprechende Akzente setzen.

## 4. Leitlinien für eine zukunftsfähige Berufsbildungszusammenarbeit

Das Leitbild der deutschen BBZ sind Menschen, die über die fachlichen, sozialen und persönlichen Kompetenzen verfügen, um ihre Arbeits- und Lebenswelt in sozialer und ökologischer Verantwortung mitzugestalten.

Die berufliche Bildung soll die produktiven Potenziale von Menschen und Betrieben steigern, indem sie neben fachlichen auch methodische und soziale Kompetenzen entwickelt. Hilfreich dafür ist die Integration von Phasen systematischen Lernens im Arbeitsprozess.

Um sich den entwicklungspolitischen Herausforderungen zu stellen, wird das BMZ seine Förderpolitik und die Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Berufsbildung zukünftig an folgenden Leitlinien orientieren:

### 1. Berufsbildungsförderung leistet einen wichtigen Beitrag zur Minderung von Armut

- Die internationale Berufsbildungsförderung leistet einen Beitrag zum überwältigenden Ziel der Armutsbekämpfung. Sie steht im Kontext des **Aktionsprogramms 2015** der Bundesregierung sowie der **Millenniumserklärung** und der **Millenniums-Entwicklungsziele** der Vereinten Nationen.
- Wo nationale Armutsminderungsstrategien (PRSP) existieren, unterstützt die Berufsbildungszusammenarbeit der Bundesrepublik die hier vereinbarten Ziele. Die BBZ der Bundesregierung ist dabei gekennzeichnet durch eine kohärente Integration in Strategien zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sowie eine entsprechende Berücksichtigung in der Bildungsentwicklungsplanung.
- Veränderungen und Verbesserungen für die Zielgruppen sind Zweck aller Interventionen.
  - Direkt erreicht werden die Zielgruppen durch speziell auf sie zugeschnittene, differenzierte und flexible Qualifizierungsprogramme, die ihre Beschäftigungs- und damit Einkommensmöglichkeiten erhöhen. Der Qualifizierung von Primarschulabsol-

venten oder -abbrechern für eine erstmalige Integration in das Beschäftigungssystem sowie von weiblichen und männlichen Jugendlichen ohne Beschäftigung wird dabei Priorität eingeräumt.

- Indirekte Wirkungen für Arme durch Beiträge zu beschäftigungswirksamen Wachstumsstrategien müssen durch plausible Wirkungsketten belegt werden.
- Wesentliche Merkmale der deutschen Berufsbildungszusammenarbeit sind
  - berufliche Handlungskompetenz und Problemlösungsfähigkeit der Absolventen sowie die Befähigung zur Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Prozessen als Ziel,
  - der Lebensweltbezug und die Integration von Lernphasen im Arbeitsprozess im methodischen Ansatz,
  - die Befähigung, sich im Sinne des lebenslangen Lernens Wissen zu erschließen und neue Wissenstransfer- und Lernangebote, z. B. *E-Learning*, zu nutzen zu machen.
- 2. Die deutsche BBZ trägt dem Nachfrage-, Angebots- und Trägerpluralismus in den Kooperationsländern Rechnung
  - Die BBZ knüpft flexibel an die vorfindbaren Wirtschaftsstrukturen im formalen wie auch im informellen Sektor an. Vorrangiges Ziel dabei ist, das Qualifizierungsangebot so zu stärken und auszuweiten, dass einer zunehmenden Zahl von Grundschulabsolventen bzw. -abbrechern Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und damit verbesserte Lebensperspektiven eröffnet werden.
  - Das ursprüngliche Modell der möglichst einheitlich und flächendeckend geregelten Berufsbildung wird abgelöst durch eine stärkere Orientierung an der Situation im jeweiligen Land. Durch die Entwicklung und den Einsatz geeigneter Instrumente

des Wirkungsmonitorings kann ermittelt werden, mit welchen Ansätzen unter den gegebenen Bedingungen die besten Beschäftigungseffekte erzielt werden können.

- Neben Ansätzen zur Stärkung der formalen beruflichen Erstausbildung sind lebensweltbezogene Ansätze mit Orientierung auf den informellen Sektor insbesondere in den ärmsten Ländern von großer Bedeutung.
- Die Bedienung des Bedarfs technologieintensiver kleiner und mittelständischer Betriebe genießt insbesondere in Transformations- und Schwellenländern eine hohe Bedeutung. Dabei wird besonderer Wert auf die Implementierung öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) gelegt.

### **3. Berufsbildung ist integraler Bestandteil der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung**

- Als integraler Teil der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung ist die berufliche Bildung eines der zentralen Handlungsfelder im BMZ-Förderschwerpunkt Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft (WiRAM). Bedarfsorientierte praxisorientierte Aus- und Weiterbildung tragen einerseits durch die Verfügbarkeit besser qualifizierter Arbeitskräfte zur Verbesserung der Qualität von Produkten und Dienstleistungen bei - ein entscheidender Standortfaktor für Investitionen. Dadurch werden Impulse für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum gesetzt. Andererseits fördern die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und der Fähigkeit zur Artikulation der eigenen Interessen die Teilhabe breiter Bevölkerungsteile an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Prozessen.
- Berufliche Bildung steigert die Potenziale von Menschen und Betrieben. Wirtschaftspolitische Beratung, Maßnahmen zur Förderung von KMU und eines verbesserten Kapitalzugangs für Existenzgründer und Betriebe schaffen die Voraussetzungen für eine breitenwirksame in Wertsetzung dieser Potenziale. Der Aufbau bzw. Ausbau funktionierender Arbeitsmarktinformations- und Arbeitsvermittlungssysteme ist eine wesentliche Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Abstimmung

zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem.

- Um Breitenwirksamkeit und Nachhaltigkeit zu gewährleisten, werden die Maßnahmen der beruflichen Bildung grundsätzlich in Kohärenz zu den existierenden (Teil-)Systemen der beruflichen Bildung konzipiert und - wo entwicklungspolitisch sinnvoll - für die Reform und Modernisierung dieser Systeme genutzt. Im Vordergrund steht dabei die Unterstützung der Kooperationsländer beim Aufbau bzw. der Stärkung der institutionellen Strukturen für
  - eine enge Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft bei Gestaltung, Durchführung und Zertifizierung von Qualifizierungsmaßnahmen,
  - die Einbindung der Sozialpartner in (berufs-)bildungspolitische Entscheidungsprozesse,
  - die Steuerung, Koordination und Qualitätssicherung von berufsbildenden Maßnahmen sowie
  - die Gewährleistung von Zugangsregelungen, die die Teilhabe von sozial marginalisierten Bevölkerungsgruppen und Frauen gewährleisten.

### **4. Die deutsche BBZ nutzt die Stärken verschiedener Berufsbildungssysteme**

- Der Anspruch, Handlungskompetenz zu entwickeln, die Nutzung auch von Betrieben als Lernort und die daraus resultierende Praxisrelevanz werden als Gestaltungsprinzipien der deutschen Berufsbildungszusammenarbeit nicht in Frage gestellt und sollen auch weiterhin ihr internationales Profil kennzeichnen.
- Da wo unter Kosten-, Flexibilitäts- und/oder Kooperationsgesichtspunkten angebracht, strebt die deutsche Berufsbildungszusammenarbeit aber eine Symbiose mit Innovationselementen aus anderen Referenzsystemen wie z. B. dem *Competency-Based-Training* an.
- Die Modularisierung von Ausbildungsgängen wird dort durchgeführt, wo Nachfrage nach kurzfristigen Qualifizierungsmaß-

nahmen besteht und diese mit der Option zum Erwerb formaler Abschlüsse kombiniert werden sollen.

## 5. Die deutsche BBZ setzt Akzente bei der Förderung von Frauen

- Frauen werden in der deutschen Berufsbildungszusammenarbeit künftig noch stärker und gezielter gefördert.
- Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist elementarer Bestandteil der Konzeption von Vorhaben der deutschen Berufsbildungszusammenarbeit. Das beinhaltet u. a. eine geschlechtsspezifische Analyse der vorhandenen institutionellen Strukturen sowie die Berücksichtigung von Aspekten der Frauenförderung auf allen Interventionsebenen.
- Frauen wird grundsätzlich der gleichberechtigte Zugang zu allen beruflichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen ermöglicht.
- Pilotmaßnahmen und Qualifizierungsprogramme werden vorzugsweise in den Sektoren gefördert, in denen sich - wie z. B. im Dienstleistungssektor und IKT - auch für Frauen attraktive Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven eröffnen.
- Insbesondere die Inhalte von Qualifizierungsangeboten für den informellen Sektor haben auch dem spezifischen Bedarf von Frauen Rechnung zu tragen.

Die Organisation von Qualifizierungsangeboten ist so zu gestalten, dass sie mit bei Frauen häufig vorkommenden Doppel- und Dreifachbelastungen kompatibel sind. So weit als möglich sollen sie Übergänge in das formale Bildungs- und Beschäftigungssystem ermöglichen.

## 6. Berufsbildung schafft die Voraussetzungen für breitenwirksame und nachhaltige Entwicklungsprozesse in unterschiedlichen Förderschwerpunkten

- Die deutsche BBZ verortet Pilot- und Qualifizierungsmaßnahmen vorzugsweise in den Sektoren, in denen Synergieeffekte mit anderen deutschen EZ-Vorhaben oder den EZ-Vorhaben anderer bi- oder multilateraler Geber vorhanden sind.

- Wo angebracht, aktiviert das BMZ die Kompetenzen und Kapazitäten seiner Vorfeldorganisationen im Bereich der beruflichen Bildung auch in den Ländern, in denen die berufliche Bildung nicht als eigenständiges Handlungsfeld ausgewiesen ist.

## 7. Berufsbildung und Grundbildung werden stärker miteinander verzahnt

- Um sozialer Exklusion entgegenzuwirken, sollen
  - in Ländern ohne flächendeckende Grundbildung formale Zugangsbarrieren (auch für behinderte Menschen) in die Berufsbildung abgebaut und die Vermittlung von elementaren Lese-, Schreib- und Rechenkenntnissen in die Lehrpläne der beruflichen Bildung integriert werden,
  - in allen Ländern allgemeinbildende Elemente in Curricula und Lehrpläne einfließen und die Entwicklung von Schlüsselqualifikationen berücksichtigt werden.
- Um die Durchlässigkeit von Bildungssystemen zu befördern und damit die Bildungschancen und Lebensperspektiven insbesondere sozial benachteiligter Gruppen zu verbessern, soll die Anschlussfähigkeit der beruflichen Bildung an Qualifizierungsangebote im tertiären Sektor (Berufsakademien, *Technical Colleges* u. ä.) verbessert werden.

- Dabei sucht die deutsche Berufsbildungszusammenarbeit in Zukunft verstärkt nach Möglichkeiten der Kooperation und Koordination mit internationalen Organisationen und anderen Gebern im Rahmen sektorweiter Förderansätze. Internationale Bestrebungen der Gebergemeinschaft zur Harmonisierung von Verfahren und Instrumenten werden auch in der Berufsbildungszusammenarbeit umgesetzt.

## 8. Berufsbildung ist wesentlicher Bestandteil lebenslangen Lernens

- Wesentliches Ziel der beruflichen Bildung ist die Vermittlung von instrumentellen und methodischen Kenntnissen und Fertigkeiten, die einen lebenslangen aktiven

Zugang zu einem stetig wachsenden Wissensbestand ermöglichen.

- Die Berufsbildungszusammenarbeit fördert die Einrichtung von Angeboten, die flexible und optionale Wege lebenslangen Lernens eröffnen. Neben der beruflichen

Erstausbildung Jugendlicher wächst die Bedeutung der Einrichtung von - auch berufsbegleitenden - Erwachsenenbildungsangeboten zur Aktualisierung und Ausweitung der beruflichen Kompetenzen.

## Durchführungsorganisationen der staatlichen EZ in der Berufsbildungsförderung

In der staatlichen deutschen Entwicklungsarbeit sind insbesondere die nachfolgend beschriebenen Institutionen aktiv:

### Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

Die Berufsbildungszusammenarbeit steht vor folgenden Herausforderungen: Unter anderem führt der Mangel an qualifizierten Fachkräften in Kooperationsländern dazu, dass Wachstumspotenziale nicht ausgeschöpft werden. Die eingeschränkte Beschäftigungsfähigkeit breiter Bevölkerungsteile hat soziale Verwerfungen und soziale Marginalisierung zur Folge. Selbsthilfepotenziale im Subsistenzsektor werden nicht ausgeschöpft, da breite Bevölkerungsteile nicht ausreichend in der Lage sind, ihre Gestaltungsspielräume zu entdecken und zu nutzen. Das Leitbild der Berufsbildungszusammenarbeit der GTZ sind dementsprechend Menschen, die über die fachlichen, sozialen und persönlichen Kompetenzen verfügen, um ihre Arbeits- und Lebenswelt in sozialer und ökologischer Verantwortung mitzugestalten. Ziel ist der Auf- bzw. Ausbau von effizienten Aus- und Weiterbildungsangeboten, die

- durch die Entwicklung qualifizierter Humanressourcen die Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbereitschaft von Unternehmen steigern und damit zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen und
- durch die Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit benachteiligter Bevölkerungsgruppen deren Chancen auf Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt erhöhen.

Die Berufsbildungszusammenarbeit der GTZ umfasst die folgenden Leistungspakete:

- **Arbeitsmarktorientierte Berufsbildungssysteme**

Die Beratungsansätze zielen auf die Verbesserung und Erhöhung der Leistungsfähigkeit vorhandener Berufsbildungssysteme ab, indem sie stärker die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigen. Damit leisten sie einen Beitrag zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen/innen und der Befriedigung des Qualifikationsbedarfs der Wirtschaft. Sie umfassen in Abhängigkeit vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext des jeweiligen Landes Maßnahmen zur Gestaltung der staatlichen Kernaufgaben und Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung im formalen und non-formalen Sektor, einschließlich der Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft, sowie zur Unterstützung von Institutionen zur Aus- und Weiterbildung. Einen besonderen Stellenwert hat dabei die Politikberatung. Je nach Bedarfslage im Kooperationsland erfolgen Interventionen in folgenden Bereichen:

- *Capacity Development* zur Steigerung der internen Effizienz und Effektivität (Arbeitsmarktbedarfsanalysen, Entwicklung von Berufsbildern, Standards und Curricula, Qualifizierung von Lehr- und Ausbildungspersonal, Bereitstellung von Lehr- und Lernmitteln, Prüfungswesen und Zertifizierung),
- *Capacity Development* zur Optimierung der Übergänge zwischen Qualifizierungs- und Beschäftigungssystem (Arbeitsmarktinformationssysteme, Berufsberatung und -orientierung, Arbeitsvermittlung) sowie
- *Capacity Development* zur Gestaltung des Rechts- und Politikrahmens (Konzepte lebenslangen Lernens, Finanzierungsmodelle beruflicher Bildung, Dezentralisierung und Privatisierung, internationale Berufsbildungsdialoge, Aufbau von Netzwerken, Ordnungsmittel, Wirkungsmonitoring, Aufbau



von Planungs- und Steuerungskapazitäten).

- **Technologiekompetenzzentren**

Durch Dienstleistungsangebote der Technologiekompetenzzentren werden wesentliche Beiträge zu einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in ausgewählten Branchen und/oder Wirtschaftsräumen geleistet. Damit stehen hochqualifizierte und/oder spezialisierte Humanressourcen sowie Produktions- und Beratungsdienstleistungen, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen in Schwellenländern, zur Verfügung. Es werden verbesserte Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, indem das Absorptionspotenzial von Arbeitskräften vor allem kleiner und mittlerer Betriebe erhöht wird, eine markt- und bedarfsgerechte Qualifizierung von Teilnehmer/innen erfolgt und Unternehmensgründungen unterstützt werden.

Die Leistungen der GTZ konzentrieren sich auf Politik- und Organisationsberatung auf der Steuerungsebene, kombiniert mit dem gemeinsamen Aufbau von Modellzentren auf der Durchführungsebene. Je nach Bedarf im Partnerland können darunter folgende Leistungen fallen:

- Unterstützung beim Aufbau und der Einrichtung von Technologiekompetenzzentren,
- Beratung bei der Entwicklung nachhaltiger Finanzierungskonzepte (inkl. PPP),
- Unterstützung bei der Entwicklung und Vermarktung bedarfsgerechter und praxisrelevanter Trainingsangebote (inkl. Sonderprogramme für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen) und sonstiger Dienstleistungen,
- Bereitstellung bzw. Unterstützung bei der Anpassung und/oder Erarbeitung von Trainingsmodulen und Lehr- und Lernmaterialien für verschiedene Fachrichtungen,
- Beratung bei der Organisationsentwicklung,
- Qualifizierung von Fach- und Führungskräften,

- Unterstützung beim Aufbau regionaler und internationaler Partnerschaften und Kooperationen,
- Beratung für maßgeschneiderte Weiterbildungsangebote für Unternehmensmitarbeiter.

- **Beschäftigungswirksame Qualifizierung für den informellen Sektor**

Die Beratungsansätze zielen auf den Aufbau und die Stärkung von institutionellen Netzwerken zur Qualifizierung für ökonomische und gesellschaftliche Partizipation ab. Zielgruppen werden in die Lage versetzt, als Selbständige oder abhängig Beschäftigte Einkommen zu erwirtschaften sowie ihre eigenen Interessen zu artikulieren und in gesellschaftlichen Prozessen zu vertreten. Damit wird die Breitenwirksamkeit sozialpolitisch orientierter Qualifizierungsprogramme erhöht.

Die Leistungserbringung setzt im Wesentlichen auf der Meso-Ebene an. Beratungsinterventionen auf der Makroebene dienen der (ordnungspolitischen) Steuerung, die auf Mikroebene als Referenz- und Lernmodelle.

- *Institutional building* und *networking* (Meso-Ebene): partizipative Bedarfsanalysen, Aufbau von Netzwerken von Qualifizierungsanbietern, Personal- und Organisationsentwicklung für Qualifizierungsanbieter, Qualifizierung von Faszilitatoren von Lernprozessen, Aufbau und Stärkung von Steuerungsmechanismen, Koordinations- und Kontrollinstanzen, institutionelle Rechts- und Organisationsformen,
- Politische Integration (Makroebene): Rechtsrahmen, Finanzierungsmodelle,
- Zielgruppenspezifische Maßnahmen (Mikroebene) - als Pilotmaßnahmen: z. B. für Jugendliche, Frauen, Ex-Kombattanten, Flüchtlinge.

## **Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)**

Die **KfW** sieht ihren Beitrag vor allem in den folgenden zentralen Herausforderungen be-

gründet: Berufliche Bildung muss einerseits den hohen Qualifikationsanforderungen der modernen Wirtschaft, andererseits dem Bedarf der Bevölkerungsmehrheit nach einfachen Basisqualifikationen gerecht werden. Die Beschäftigungsmöglichkeiten der formellen Wirtschaft reichen nicht aus, um der Mehrheit der Bevölkerung ein angemessenes Einkommen zu sichern. Die chronische Unterfinanzierung des Berufsbildungssystems ist ein stark limitierender Faktor.

Die KfW setzt deshalb im Rahmen der Arbeitsteilung vorrangig auf

- Investitionen in Ausbildungswerkstätten und Ausrüstungen,
- Investitionen in Lehrmaterialien,
- Begleitmaßnahmen für Managementtraining und
- den Aufbau von Wartungssystemen,
- und - als innovative Ansätze - auf
  - die Finanzierung von *Voucher*-Systemen und
  - die Kombination von Mikrofinanzförderung und Bildungsfinanzierung für KMU.

Die Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) sieht im Bereich der beruflichen Bildung insbesondere folgende Schwierigkeiten:

- Vorhandene Ausbildungskapazitäten decken nur einen Bruchteil des „sozialen Bedarfs“ der nach Ausbildung suchenden jugendlichen Schulabgänger und -abbrecher,
- Ausbildungsinhalte sind oft zu theoretisch, orientieren sich zu wenig an den Arbeitsplatzanforderungen der formellen und informellen Wirtschaft,
- Unzureichende Qualifikation und fehlende praktische Berufserfahrung des Ausbildungspersonals verhindern die Ausrichtung der Ausbildung an tatsächlichen Arbeitsplatzanforderungen,
- Formale Langzeitausbildung ist für ärmere Zielgruppen aufgrund finanzieller und zeitlicher Restriktionen nicht bedarfsgerecht,

- Ausbildungskonzepte, die gezielt auf eine selbständige Tätigkeit (insbesondere im informellen Sektor) vorbereiten, werden bisher nur pilotartig eingeführt, sind daher (bisher) zu wenig breitenwirksam.

Vor diesem Hintergrund hat die FZ ihre Aktivitäten im Berufsbildungsbereich entsprechend konzipiert und führt umfassende Unterstützungsprogramme für Ausbildungsinstitute durch. Die Ausbildungszentren werden hierbei sowohl durch Investitionen (Baumaßnahmen, Ausrüstung) als auch durch umfassende Trainingsmaßnahmen (u. a. Managementtraining, Austausch mit der Praxis, Instruktorenfortbildung, Einführung modularisierter Kurse) unterstützt. Um die mittel- bis langfristige Inwertsetzung und Nachhaltigkeit der FZ-Maßnahmen zu befördern, werden bei der Auswahl der zu fördernden Zentren verbindliche Selektionskriterien angewendet (Relevanz der Ausbildung, angemessene Organisations-/Trägerstruktur, finanzielle Stabilität/gesicherte Finanzierung, ausreichende Qualifikation/Motivation von Lehr- und Managementpersonal).

Um der Herausforderung gerecht zu werden, einerseits den hohen Qualifikationsanforderungen einer rasch wachsenden modernen Wirtschaft, andererseits dem Bedarf der Bevölkerungsmehrheit nach einfachen Basisqualifikationen zu entsprechen, unterstützt die FZ - kontextangemessen - berufliche Bildung auf unterschiedlichen Ebenen/Qualifikationsniveaus:

- Gehobene berufliche Bildung/Technologietransfer (*Thai-German Institute, Indonesian German Institute*),
- Berufsausbildung in wirtschaftlich relevanten Berufsfeldern (Chinesisch-Deutsches Ausbildungszentrum für Drucktechnik - CDAD - in China; Seefahrerausbildung in Indonesien),
- Untere/mittlere berufliche Bildung (offene Programme für staatliche und nicht-staatliche Ausbildungsanbieter in Uganda, Äthiopien und Philippinen).

Neuere Ansätze der Finanziellen Zusammenarbeit umfassen Unterstützungsmaßnahmen für Lehrerausbildungsinstitute und Prüfungszentren (Uganda, Äthiopien) sowie die Konzipierung von Nachfragesubventionsmechanismen (Südafrika).

## Die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt)

Die weltweit sich vollziehende Etablierung der Wissensgesellschaft erhöht schon kurzfristig die Nachfrage nach (Erstaus-)Bildung und Weiterbildung. Die allgemeinbildenden Systeme der Kooperationsländer sind nicht geeignet, diese Bildungsströme endlos und qualitativ hinreichend aufzunehmen bzw. aus öffentlichen Mitteln effektiv und effizient zu finanzieren. Allein aus diesen bildungsökonomischen Überlegungen heraus rücken moderne, nicht formelle und informelle Lernformen der beruflichen Bildung in den Kooperationsländern mit einer immer schneller steigenden Erwerbsbevölkerung weiterhin in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Lösungen. Das Gleiche gilt für die Attraktivität des betrieblichen Lernortes, an dem aktualisiertes technologiebasiertes Lernen am schnellsten und kostengünstigsten stattfinden kann.

Aus Sicht von InWEnt fördert die berufliche Bildung in den Kooperationsländern nach wie vor die Steigerung der produktiven Potentiale von Menschen und Organisationen und Systemen.

Nur die damit erreichbaren Produktivitäts- und Einkommenssteigerungen von Volkswirtschaften, Unternehmen und einzelnen Personen schaffen jene Verteilungs- und Handlungsspielräume, die elementare Voraussetzung für gesellschaftliches Handeln mit wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Fortschritt in den Kooperationsländern sind. Sie sind die einzige Möglichkeit, Herausforderungen zu begegnen, die ebenso die Existenz vieler einzelner Staaten wie transnationale Probleme der Weltgesellschaft betreffen.

Gerade Arme brauchen dabei deutliche Einkommenszuwächse. Nur so entstehen die notwendigen Spielräume, um an der Zivilgesellschaft zu partizipieren. Bisher sind die Zeitbudgets armer Bevölkerungsteile fast vollständig (zeitlich, physisch etc.) durch zum Teil ineffiziente oder marktgesättigte Überlebensstrategien gefüllt.

Unternehmen brauchen in der globalisierten Ökonomie Produktivitäts- und Qualitätssteigerungen als wirtschaftliche Basis. Ihr Operieren an teilweise hoch kompetitiven Märkten wird in vielen Ländern und Branchen immer stärker vom Faktor Humankapital bestimmt, der in den bestehenden (beruflichen) Bil-

dungssystemen der Kooperationsländer selten ausreichend auf diese Aufgaben vorbereitet wird. In den Unternehmen bestehen Voraussetzungen für technologiebasiertes berufliches Lernen, die in öffentlichen Einrichtungen weder vom bestehenden Know How noch von der finanziellen Leistungsfähigkeit her je geschaffen werden können - dies deutet strategisch auf eine wo immer mögliche Integration der Wirtschaft in Qualifizierungsprozesse hin.

Solche durch berufliche Qualifizierung geförderten Steigerungen der produktiven Potentiale von Einzelnen und Unternehmen können nur durch eine Form beruflicher Bildung erreicht werden, die in ihrer systemisch-konzeptionellen Ausrichtung

- den (heterogenen) Ausgangslagen der Kooperationsländer noch stärker gerecht wird,
- flexible und präventionsgerichtete Strategien in der Erst- und Weiterbildung verfolgt,
- zu einer stärkeren Verantwortung privater Anbieter und Nutzer von beruflicher Bildung führt und
- unrealistische Erwartungen hinsichtlich der Interventionspotentiale der EZ bzw. der BBZ zugunsten von Ansätzen, die nicht auf nivellierende Strategien, sondern auf heterogene Qualifizierungsangebote in (oftmals fragmentierten) Bildungssystemen setzt, aufgibt.

Angebote der beruflichen Bildung für Partnerländer werden zunehmend mit Grundbildung verzahnt und/oder auf übergeordnete wirtschafts- und sozialpolitische Zielvorgaben ausgerichtet.

Im Rahmen der durchgeführten Portfolioanalyse hat InWEnt ihr Angebot für Nachfragende aus den Partnerländern gestrafft und bietet im Bereich *Capacity Building* (internationale Personalentwicklung, Beratung, *Coaching* etc.) folgende Produktklassen in der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Transformationsländern an:

- Systementwicklung - Qualifikation und Beschäftigung,
- Management/Steuerung von Qualifizierungsprozessen,

- Technologiekoooperation,
- Berufs- und Curriculumentwicklung,
- Bildungstechnologien und Medienentwicklung und
- (virtuelle) *Train-the-Trainer*-Netzwerke.

## Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED)

Der DED engagiert sich in der formalen wie non-formalen beruflichen Bildung.

In der formalen BB sind die Bereiche Management und Organisationsberatung in Berufsschulen, *Training of Trainers*, Curricula-Entwicklung sowie die Einführung von M&E-Verfahren als Hauptaufgaben zu nennen. Daneben stellt die duale Berufsbildung einen besonderen Schwerpunkt dar. In diesem Arbeitsbereich des DED stehen die Systementwicklung, -adaption und -integration, die Kooperation mit Unternehmen und der Aufbau und die Betreuung von Werkstätten im Vordergrund. Bei dieser Zusammenarbeit im formalen Bereich kooperiert der DED mit staatlichen und nichtstaatlichen Trägern.

Bei der non-formalen beruflichen Bildung stellen Bedarfsermittlungen, modulare Kurs-

systeme und deren Curricula-Entwicklung sowie die Integration von Allgemeinbildungselementen und die Einbindung von Unternehmen in die berufliche Bildung die wesentlichen Aufgabenbereiche dar. Im Rahmen des „on-the-job trainings“ stehen Fortbildungen in den Betrieben, die Weiterbildung von Mitarbeitern und Betriebsinhabern, Praktika von Lehrkräften und Auszubildenden sowie zukünftig immer stärker bedarfsorientierte Kompetenz- und Qualifikationsvermittlung im Fokus des DED-Engagements.

Weiterhin ist die Abgängerbetreuung ein ganz wichtiges Element der beschäftigungswirksamen beruflichen Bildung. Diese umfasst die Abgängerverbleibsuntersuchungen, einen Angebots- und Bedarfsabgleich, die Unterstützung bei Existenzgründungen und nachfolgende Betriebsberatungen.

Im Rahmen der vorgenannten Punkte wird sich der DED auch zukünftig bei der Entwicklung von arbeitsmarktdäquaten Berufsbildungssystemen engagieren, dies vor allem in den Bereichen „Konzeptionelle und strategische Mitarbeit und Beratung“, „Berufsorientierung“, „Jugend, Bildung und Beschäftigung“ und „Entwicklung von Steuerungsgremien“.

## Abkürzungen

BB	Berufsbildung, berufliche Bildung
BBZ	Berufsbildungszusammenarbeit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DAC	Development Assistance Committee
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
EFA	Education for All
EKE	Education for Knowledge
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
EFA-FTI	Education for All - Fast Track Initiative
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
ILO	International Labour Organization
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
MDG	Millennium Development Goals (Millenniums-Entwicklungsziele)
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
PPP	Public Private Partnership
PRS(P)	Poverty Reduction Strategy (Paper)
TZ	Technische Zusammenarbeit
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
VN	Vereinte Nationen
WiRAM	Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft